

Psychisch abnorme und drogenabhängige Rechtsbrecher nach der Strafgesetzgebung der Schweiz

Autor(en): **Walder, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Publikationen der Arbeitsgruppe für Kriminologie**

Band (Jahr): - **(1984)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1050890>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

PSYCHISCH ABNORME UND DROGENABHÄNGIGE
RECHTSBRECHER NACH DER STRAFGESETZGEBUNG
DER SCHWEIZ

Hans Walder

I. DIE PSYCHISCH ABNORMEN RECHTSBRECHER

Psychische Abnormalität des Täters hat nach schweizerischem Strafrecht keinen Einfluß auf die sog. Tatbestandesmäßigkeit und Rechtswidrigkeit eines deliktischen Verhaltens. Auch der geistesranke Täter, der z. B. eine Körperverletzung verübt, handelt in aller Regel tatbestandsmäßig und rechtswidrig. Erst wenn wir uns fragen, ob der Täter schuldhaft gehandelt habe (nachdem er rechtswidrig einen Straftatbestand erfüllt hat), ist im Zweifel (Art. 13 StGB) seine Schuldfähigkeit (Zurechnungsfähigkeit) zu untersuchen.

Das Strafgesetzbuch kennt zu diesem Grundsatz einige wenige Ausnahmen: Mitunter gibt der außergewöhnliche oder abnorme Geisteszustand des Täters dazu Anlaß, einen anderen Straftatbestand zur Anwendung zu bringen. Es sei auf den Totschlag (Art. 113 StGB) hingewiesen, eine Form der vorsätzlichen Tötung, bei welcher gleich zu Beginn der besondere psychische Zustand des Täters berücksichtigt wird, die "nach den Umständen entschuldbare heftige Gemütsbewegung" (Affekt). Auch bei der Kindstötung (Art. 116 StGB) trägt man dem physiologischen Ausnahmezustand der Täterin bereits bei der Anwendung des Straftatbestandes Rechnung. Schließlich sei auf Art. 263 StGB hingewiesen. Dieser setzt voraus, daß der Täter im selbstverschuldeten Vollrausch ein Verbrechen oder Vergehen verübt, das er im nüchternen Zustand nicht voraussehen konnte.

Im "Normalfall" findet aber, wie ausgeführt, psychische Abnormalität erst bei der Frage nach der Schuld Berücksichtigung. Die Prüfung der Schuldfähigkeit geschieht dabei nach der sog. gemischten Methode: Einerseits muß ein "biologischer" (medizinisch-psychiatrischer) Befund erhoben werden, z. B. eine Schizophrenie oder eine Debilität, andererseits ist "psychologisch" zu prüfen, ob dieser abnorme Geisteszustand dem Täter bestimmte Fähigkeiten genommen oder bei ihm eingeschränkt habe. Es geht um die Fähigkeit, das Unrecht des Vorhabens einzusehen, und um diejenige, entsprechend dieser Einsicht zu handeln, d. h. auf das unrechte Vorhaben zu verzichten. Je nach Ausgang der psychiatrischen Untersuchung wird der Täter als voll schuldfähig (zurechnungsfähig), vermindert zurechnungsfähig (Art. 11 StGB) oder als völlig zurechnungs unfähig (Art. 10 StGB) betrachtet.

Die Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit ist immer auf den Zeitpunkt der Tat und auf das vorgeworfene Delikt bezogen. Tritt Zurechnungsunfähigkeit erst nach der Tat ein, so hat diese nur für die Beantwortung der Frage nach der Verhandlungsfähigkeit des Täters oder der Vollstreckbarkeit einer Strafe Bedeutung. Es kann sodann jemand in bezug auf einen einfachen Diebstahl voll zurechnungsfähig sein, hinsichtlich eines komplizierten Betruges (etwa als angeblicher Gehilfe) nicht.

Hat der Täter seiner verminderte Schuldfähigkeit oder gänzliche Zurechnungsunfähigkeit schuldhaft selber herbeigeführt, um in diesem Zustand eine Straftat zu verüben, so greifen die Artikel 10 und 11 StGB nicht ein: *actio libera in causa* (Art. 12). Das gilt auch bei fahrlässigem Verhalten (BGE 85 IV 2).

Was geschieht mit einem psychisch abnormen, jedoch nur vermindert zurechnungsfähigen Täter? Er kann grundsätzlich bestraft werden, doch greift oft eine richterlich angeordnete Maßnahme ein, vor allem Art. 43 StGB: Maßnahmen an geistig Abnormen. Der Täter kann in einer Anstalt oder ambulant einer Therapie unterworfen werden. Es ist auch möglich, ihn einfach in einer Anstalt zu versorgen oder zu verwahren. Die Strafe tritt dann vorderhand zurück. Während die Strafe vom Richter nach Art und Dauer festgelegt wird, ist die erwähnte Maßnahme zeitlich unbefristet. Ihre Dauer hängt weitgehend vom Resultat der Therapie und der Auffassung des betreuenden Arztes ab. Der von einer Maßnahme Betroffene kann aber im Laufe der Maßnahme immer wieder an den Richter gelangen. Das Strafgesetzbuch kennt auch noch andere Maßnahmen, die aber in diesem Zusammenhang weniger bedeutsam sind.

Der gänzlich Zurechnungsunfähige kann nicht bestraft werden. Bei ihm kommt nur die bereits bei dem vermindert Zurechnungsunfähigen erwähnte Maßnahme in Betracht.

Die Maßnahme nach Art. 43 StGB ist aber nicht von einer Verminderung der Zurechnungsfähigkeit des Täters abhängig. Auch voll verantwortliche psychisch Abnorme können nach Art. 43 StGB behandelt, versorgt oder verwahrt werden, falls nicht ein Strafvollzug angezeigt ist.

II. DIE DROGENABHÄNGIGEN RECHTSBRECHER

Die Drogenabhängigkeit im weiteren Sinne kann sich auf verschiedene Suchtmittel beziehen, die wir auseinander halten müssen, weil je nachdem die Rechtslage eine andere ist, ob zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt. Sie ist nun mal so. Wir müssen unterscheiden:

- (1) Alkoholabhängige oder -süchtige,
- (2) Betäubungsmittelabhängige oder -süchtige im Sinne der Betäubungsmittel-Gesetzgebung und
- (3) Abhängige gegenüber anderen Mitteln (z.B. Pharmazeutika).

Die Abhängigkeit oder Sucht kann dabei auf vier verschiedene Weisen zu Delikten führen.

- a. Der Drogenkonsum als solcher und der Handel mit solchen Drogen ist strafbar, Beispiel Heroin.
- b. Die Beschaffung der Drogen erfolgt auf strafbare Weise, z.B. durch Einbruch in eine Apotheke, sog. direkte Beschaffungskriminalität.
- c. Der Abhängige oder Süchtige begeht z.B. Vermögensdelikte, um sich Drogen kaufen zu können, sog. indirekte Beschaffungskriminalität.
- d. Der Abhängige oder Süchtige begeht während seines "Rausches" ein Delikt. Man spricht von der "Folgekriminalität".

Im Unterschied etwa zum Suchtmittel Alkohol ist schon der bloße Konsum unter Art. 1 BetMG fallender Stoffe als Übertretung strafbar (Art. 19a BetMG). Im Vordergrund stehen heute in der Schweiz Cannabisprodukte, Heroin und Kokain, während andere, den Betäubungsmitteln gleichgestellte Stoffe wie LSD und Amphetamine, an Bedeutung verloren haben. Strafbar sind auch Vorbereitungshandlungen jeder Art für den eigenen oder kollektiven Konsum, es sei denn, es handle sich um geringfügige Mengen (Art. 19b BetMG). Der reine Konsument kann sich übrigens der Strafverfolgung dadurch "entziehen", daß er sich einer ärztlichen Therapie unterzieht (Art. 19a Ziff. 3). Die bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes geführte Auseinandersetzung für und gegen die Strafbarkeit des bloßen Konsums hat ihre Aktualität erheblich eingebüßt, weil der hohen Preise auf dem illegalen Markt wegen (z.B. Heroin pro Gassengramm Fr. 400.- bis über 1000.-) der Abhängige oder Süchtige meistens auch als Dealer in Erscheinung tritt. Der Strafrahmen für "Händler" ist aber so weit gefaßt - Buße oder 3 Tage Gefängnis bis 20 Jahre Zuchthaus -, daß der Richter allen Fällen gerecht werden kann. Der süchtige Konsument und anderweitig Kriminelle darf gemäß Art. 19a BetMG 3 und 4 vom Richter in eine Heilanstalt eingewiesen werden; Art. 44 StGB gilt sinngemäß (vgl. dazu die Ausführungen unter 1a hievore).

Im Bestreben, keine Lücken offen zu lassen, und aufgrund internationaler Abkommen, ist Art. 19 Ziff. 1 BetMG zu einem (allzu) detaillierten Katalog geraten. Bedroht sind vorsätzliche Widerhandlungen gemäß Art. 19 Ziff. 1 BetMG mit Gefängnis oder Buße. In schweren Fällen (Art. 19 Ziff. 2 BetMG) ist die Strafe Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter einem Jahr, womit eine Buße bis zu 1 Million Franken verbunden werden kann. Fahrlässige Verstöße nach Art. 19 Ziff. 1 BetMG können mit Gefängnis bis zu einem Jahr, mit Haft oder mit einer Buße bestraft werden.

In Art. 20-22 kennt das BetMG eine Reihe von Tatbeständen, die sich vor allem gegen fehlbare Personen aus Fabrikations- und Handelsbetrieben sowie Medizinalpersonen richten.

STRAFRECHTLICHE BESTIMMUNGEN IM BEREICHE DER SUCHT

Haupterscheinungen der Delinquenz in Zusammenhang mit Süchten sind für den Strafrechtler heute Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (BetMG) und Delikte in Zusammenhang mit einer bestehenden Drogensucht (Beschaffungskriminalität). Die Alkoholabhängigkeit als kriminogene Sucht wird, historisch bedingt, als solche strafrechtlich nicht direkt geahndet. Drei Gruppen von Suchtmitteln sind bedeutsam, die gesondert betrachtet werden müssen: 1. der Alkohol, 2. die Betäubungsmittel gemäß Art. 1 BetMG, 3. die übrigen Suchtmittel (Schmerzmittel etc.). Innerhalb dieser Gruppen ist zwischen dem eigentlichen Konsum und dem Handel usw. zu unterscheiden.

1. Alkohol

a) Konsum

Der Genuß alkoholischer Getränke ist bekanntlich erlaubt. Das heißt aber nicht, daß er stets ohne strafrechtliche Folgen bliebe. Dabei ist, wiewohl sehr häufig, nicht an das Fahren in angetrunkenem Zustande zu denken, denn Art. 91 SVG pönalisiert nicht den Konsum, sondern die nachfolgende Tätigkeit. Der übermäßige Konsum wird dann bestraft, wenn der Täter infolge selbstverschuldeter Trunkenheit zurechnungsunfähig ist und in diesem Zustand eine als Verbrechen oder Vergehen bedrohte Tat verübt (Art. 263 StGB). Generell verboten ist der Alkohol demjenigen, dem vom Richter der Genuß geistiger Getränke im Rahmen einer Weisung während der Probezeit (Art. 41 Zif. 2 StGB) oder von der zuständigen Behörde bei der bedingten Entlassung aus dem Strafvollzug (Art. 38 StGB) resp. bei der bedingten oder probeweisen Entlassung aus dem Maßnahmevollzug (Art. 45 StGB) untersagt wird. Auf den Täter, der eine schwere Störung oder Beeinträchtigung des Bewußtseins herbeiführt, um in diesem Zustand eine strafbare Handlung auszuführen, sich also etwa "Mut antrinkt", finden gemäß Art. 12 StGB über verminderte Zurechnungsfähigkeit resp. Zurechnungsunfähigkeit keine Anwendung. Die Praxis anerkennt auch eine fahrlässige *actio libera in causa* (BGE 85 IV 2).

Stehen Verbrechen oder Vergehen eines Täters in Zusammenhang mit einer Trunksucht, kann der Richter gemäß Art. 44 StGB den Delinquenten in eine Trinkerheilanstalt einweisen, wenn dadurch die Gefahr künftiger Verbrechen und Vergehen gebannt werden kann. Der Vollzug einer allfälligen Freiheitsstrafe wird aufgeschoben. Ist der Täter für Dritte ungefährlich, kann er auch ambulant behandelt werden. Um dieser Art der Behandlung Rechnung zu tragen, schiebt der Richter gegebenenfalls den Strafvollzug auf.

Der Geheilte wird von der zuständigen Behörde (bedingt) entlassen (Art. 44 Zif. 4 StGB). Der Richter entscheidet über einen Vollzug aufgeschobener Strafen, wobei die Dauer des internen Maßnahmevollzuges stets anzurechnen ist.

Der bedingt aus den Anstalten des Straf- und Maßnahmevollzuges Entlassene (Art. 38 StGB) kann wie der zu einer bedingten Strafe Freiheitsstrafe Verurteilte (Art. 41 StGB) unter Schutzaufsicht gestellt werden. Die Schutzaufsicht

(Art. 47 StGB) hat zur Aufgabe, die ihr Unterstellten tatkräftig in jeder Hinsicht zu unterstützen, sie hat namentlich "darauf zu achten, daß trunksüchtige, rauschgiftsüchtige oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustandes zu Rückfällen neigende Schützlinge in einer geeigneten Umgebung untergebracht und, wenn nötig, ärztlich betreut werden" (Art. 47 Abs. 3).

Kann der Täter nicht geheilt werden oder erreicht er nach 2 Jahren Aufenthalt in der Anstalt die Voraussetzungen der bedingten Entlassung gemäß Art. 45 StGB nicht, entscheidet der Richter, ob und inwieweit aufgeschobene Strafen noch zu vollziehen sind. Allenfalls kann er eine andere Maßnahme anordnen, wenn deren Voraussetzungen gegeben sind.

Eine Rückversetzung in den Maßnahmevollzug ist nach Maßgabe von Art. 45 Zif. 3 möglich. Die neue Höchstdauer beträgt 2 Jahre, bei mehrfacher Rückversetzung darf die Gesamtdauer der Maßnahme 6 Jahre nicht überschreiten.

Ist ein Verbrechen oder Vergehen auf übermäßigen Alkoholgenuß zurückzuführen, so kann der Richter dem Beschuldigten in Form einer Nebenstrafe das Betreten von Wirtschaftsräumen, in denen Alkohol ausgeschenkt wird, für sechs Monate bis 2 Jahre verbieten (Art. 56 StGB). Wer ein solches Verbot übertritt, wird mit Haft oder Buße bestraft (Art. 295 StGB).

b) Handel etc.

Zu Handel und Herstellung von Alkoholika ist im Rahmen dieser Veranstaltung wenig zu sagen. Es sei daran erinnert, daß gemäß BV Art. 32 bis das Alkoholmonopol beim Bund liegt, daß Art. 32bis eine Vorschrift enthält, wonach jeder Kanton von dem ihm zufließenden Anteil aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser wenigstens 10 % zur Bekämpfung des Alkoholismus zu verwenden habe. Suchtbekämpfung über Suchtmittelbesteuerung also. Man könnte sich fragen, ob nicht etwas Ähnliches möglich wäre bezüglich der eingezogenen Vermögenswerte aus dem illegalen Betäubungsmittelhandel.

Das StGB selber verbietet die Verabreichung geistiger Getränke an Kinder unter 16 Jahren in einem gesundheitsschädigenden oder -gefährdenden Ausmaß (Art. 136 StGB). Ebenso mit Haft oder Buße bestraft werden kann der Wirt, "der geistige Getränke jemandem verabreicht oder verabreichen läßt, von dem er weiß oder annehmen muß, daß ihm der Besuch der Wirtschaften durch Verfügung einer zuständigen Behörde verboten ist" (Art. 295 Abs. 2 StGB).

2. Betäubungsmittel gemäß BetMG

a) Konsum

Im Unterschied zum Suchtmittel Alkohol ist schon der bloße Konsum unter Art. 1 BetMG fallender Stoffe als Übertretung strafbar (Art. 19a BetMG), es sei denn, es handle sich um eine medizinisch verordnete Einnahme. Strafbar sind auch Vorbereitungshandlungen jeder Art für den eigenen oder kollektiven Konsum, es sei denn, es handle sich um geringfügige Mengen (Art. 19b BetMG). Die bei

der Ausarbeitung dieses Gesetzes geführte Auseinandersetzung für und gegen die Strafbarkeit des bloßen Konsums hat ihre Aktualität auf dem Gebiete der harten Drogen beinahe vollständig eingebüßt, weil der hohen Preise auf dem illegalen Markt wegen (z. B. Heroin pro Gassengramm Fr. 400. - bis über 1000. -), der Süchtige meistens auch als Dealer in Erscheinung tritt. Der süchtige Konsument kann gemäß Art. 19a BetMG vom Richter in eine Heilanstalt eingewiesen werden, Art. 44 StGB gilt sinngemäß (vgl. dazu die Ausführungen unter 1a hievord). Selbstverständlich kann auch der Süchtige, der sich durch anderweitige Vermögens- und Gewaltdelikte die für den Drogenkonsum notwendigen Mittel beschafft (sog. Beschaffungskriminalität), in den Massnahmenvollzug eingewiesen werden.

b) Handel etc.

Im Bestreben, keine Lücken offen zu lassen und aufgrund internationaler Abkommen, ist Art. 19 Zif. 1 BetMG zu einem (allzu) detaillierten Katalog geraten. Bedroht sind vorsätzliche Widerhandlungen gemäß Art. 19 Zif. 1 BetMG mit Gefängnis oder Buße. In schweren Fällen (Art. 19 Zif. 2 BetMG) ist die Strafe Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter einem Jahr, womit eine Buße bis zu 1 Million Franken verbunden werden kann. Fahrlässige Verstöße nach Art. 19 Zif. 1 BetMG können mit Gefängnis bis zu einem Jahr, mit Haft oder mit Buße bestraft werden. In Art. 20-22 kennt das BetMG eine Reihe von Tatbeständen, die sich vor allem gegen fehlbare Personen aus Fabrikations- und Handelsbetrieben, sowie Medizinalpersonen richten.

3. Übrige Suchtmittel

a) Konsum

Der übermäßige Genuß übriger Suchtmittel führt selten vor den Strafrichter. Zu denken ist etwa an Fälle von Urkundenfälschungen zwecks Umgehung der Rezepturvorschriften im Zusammenhang mit einem Medikamentenmißbrauch oder an Affekttaten im Gefolge einer besonderen Gemütslage, ausgelöst durch einen Arzneimittelabusus. Es gelten die allgemeinen Bestimmungen des StGB über die Zurechnungsfähigkeit. Denkbar ist die Notwendigkeit einer Maßnahme gemäß Art. 43 StGB. Gefährdet der Täter infolge seines Geisteszustandes die öffentliche Sicherheit in schwerwiegender Weise, so kann der Richter als ultima ratio den Täter gemäß Art. 43 Zif. 1 Abs. 2 gar verwahren. Ist der Täter ungefährlich, ist aber auch eine ambulante Behandlung möglich. Im übrigen ist auf die Ausführungen unter 1a hievord zu verweisen.

b) Handel etc.

Der unerlaubte Handel mit Suchtmitteln dieser Art ist von geringer Bedeutung. Strafbestimmungen finden sich vor allem in der eidg. und kant. Medizinalgesetzgebung.

R E S U M E

I. Les délinquants psychiquement anormaux

D'après le code pénal suisse une anormalité psychique du délinquant n'a pas d'influence sur la réunion de tous les éléments constitutifs de l'infraction et de l'illégalité d'un comportement délictueux. De même, un délinquant aliéné qui commet par exemple une blessure corporelle, agit en toute règle d'une façon illégale et réunissant tous les éléments constructifs du délit. Ce n'est qu'à partir du moment où nous demandons si le délinquant a agi coupablement (après avoir rempli les éléments constitutifs de l'infraction) qu'il faut examiner, dans le doute (art. 13 PC), sa capacité d'être coupable (imputabilité).

Le code pénal ne connaît que peu d'exceptions à ce principe: l'état mental exceptionnel ou anormal du délinquant permet d'appliquer une autre constitution de l'infraction. Un exemple à citer serait le meurtre (art. 114 CP) qui est une forme de l'homicide prémédité. En cas de meurtre, on considère dès le début l'état psychique particulier du délinquant, cette "violente émotion excusable selon les circonstances" (affect). De même pour l'infanticide (art. 116 CP): l'état d'exception psychologique de la délinquante est considéré dès la constitution de l'infraction. Il reste à mentionner l'art. 263 CP. Celui-ci implique que le délinquant a commis un crime ou un délit en état d'ivresse complète, dont il est personnellement fautif, et qu'il n'avait pas pu prévoir lorsqu'il était à jeun.

Dans le "cas normal", une anomalie psychique n'entre en considération que lors de la question de la culpabilité. L'examen de la culpabilité est fait d'après la méthode dite mixte. D'une part, il doit y avoir un constat "biologique" (constat de médecine psychiatrique), par exemple une schizophrénie ou une débilité, d'autre part il faut examiner "psychologiquement" si l'état d'esprit anormal du délinquant lui a ravi certaines facultés ou les lui a restreint. Il est question de la faculté de reconnaître l'injustice de l'intention, et de celle d'agir en conséquence, c'est à dire de reconcer à cette intention injuste. Selon le résultat de l'examen psychiatrique, le délinquant est considéré capable de prendre conscience de sa culpabilité (responsable), ou ayant une responsabilité limitée (art. 11 CP) ou alors totalement irresponsable (art. 10 CP).

L'appréciation de l'imputabilité se rapporte toujours au moment et au genre du délit reproché. Si l'irresponsabilité ne se manifeste qu'après le délit, celle-ci n'a que d'importance pour la question de l'aptitude d'audience du délinquant ou de la force exécutoire d'une peine. D'autre part, quelqu'un peut être pleinement responsable d'un vol simple et ne pas l'être au sujet d'une escroquerie compliquée (par exemple comme complice prétendu).

Si le délinquant est coupable d'avoir causé lui-même sa culpabilité ou son irresponsabilité afin de commettre dans cet état-ci un délit, les articles 10 et 11 CP n'interviennent pas: actio libera in causa (art. 12). Ceci est également valable pour des agissements par négligence (ATF 85 IV 2).

Qu'arrive-t-il à un délinquant psychiquement anormal qui toutefois n'a qu'une responsabilité limitée ? Il peut être puni de principe, néanmoins on applique souvent une mesure ordonnée par le juge, surtout l'art. 43 PC : les mesures applicables à des malades mentaux. Le délinquant doit suivre une thérapie ambulante ou en asile. Il est également possible de l'interner ou de le garder dans un asile. La peine devient alors secondaire. Alors que la durée et le genre de la peine sont fixés par le juge, cette mesure est de durée indéterminée. Sa durée dépend en grande partie du résultat de la thérapie et de l'avis du médecin traitant. Le concerné peut néanmoins atteindre le juge en tout temps de l'exécution de la mesure. Le code pénal connaît encore d'autres mesures, qui toutefois ont moins d'importance dans ce contexte.

L'irresponsable total ne peut être puni. Dans son cas, seul les mesures décrites plus haut en rapport avec le délinquant à responsabilité limitée, entrent en question.

La mesure d'après l'art. 43 CP ne dépend toutefois pas d'une diminution de l'irresponsabilité du délinquant. Les délinquants psychiquement anormaux et pleinement responsables peuvent également être traités, internés et gardés d'après l'art. 43 CP si aucune peine n'est indiquée.

II. Les délinquants toxicomanes

La toxicomanie peut se rapporter à plusieurs stupéfiants qu'il faut distinguer les uns des autres, car la situation juridique en dépend. Que cela soit de droit ou non est laissé incertain. C'est simplement comme cela. Nous devons distinguer :

- (1) Les alcooliques dépendants de l'alcool ou intoxiqués
- (2) Les toxicomanes dépendants de stupéfiants ou intoxiqués d'après la loi sur les stupéfiants et
- (3) Les toxicomanes dépendants d'autres drogues (par exemple de produits pharmaceutiques)

La dépendance ou l'intoxication peuvent être délictueuses de quatre façons différentes.

- a. La consommation de drogues et le trafic sont pénalisables (exemple : l'héroïne).
- b. L'acquisition des drogues a lieu d'une façon pénalisable, par exemple par infraction dans une pharmacie (criminalité directe d'acquisition).
- c. Le toxicomane commet par exemple des délits contre les biens pour s'acheter de la drogue (criminalité indirecte d'acquisition).
- d. Le toxicomane commet pendant son "ivresse" un délit. On parle alors de "criminalité induite".

A la différence du stupéfiant "alcool", déjà la seule consommation

de drogues relevant de l'art. 1 de la loi sur les stupéfiants est une infraction pénalisable (art. 19 a de la loi sur les stupéfiants). Les drogues importantes en Suisse sont aujourd'hui le cannabis et ses dérivés, l'héroïne et la cocaïne. Les autres drogues, comme le LSD et les amphétamines, ont perdu leur importance. Les mesures de préparation de tout genre pour la propre consommation collective est également punissable à part s'il s'agit de petites quantités (art. 19 sur la loi des stupéfiants). Le consommateur, s'il ne fait que cela, peut néanmoins éviter une poursuite en se soumettant à une thérapie médicale (art. 19a, chiffre 3). Les discussions pour et contre le caractère répréhensible de la consommation menées lors de l'élaboration de cette loi ont perdu beaucoup de leur actualité. Ceci parce qu'en raison du prix élevé des drogues sur le marché illégal (un gramme d'héroïne "de la rue" coûte de fr. 400.- à plus de fr. 1000.-), les toxicomanes agissent le plus souvent aussi comme dealer. Le cadre des peines possibles pour un "trafiquant" est toutefois tellement large - amende ou trois jours de prison jusqu'à 20 ans de réclusion criminelle - que le juge peut en tout cas rendre justice. Le consommateur toxicomane et criminel pour d'autres raisons, peut, d'après l'art. 19 de la loi 3 et 4 sur les stupéfiants, être interné dans un asile par le juge. L'art. 44 est applicable dans le même sens (voir pour cela les explications sous la partie la).

En s'efforçant de ne laisser aucune lacune et en raison de conventions internationales, l'art. 19, chiffre 1 de la loi sur les stupéfiants est devenu un catalogue (un peu trop) détaillé. Les infractions intentionnelles d'après l'art. 19, chiffre 1, sont menacées de prison ou d'amende. Dans les cas graves l'art. 19, chiffre 2 prescrit la réclusion criminelle ou la prison pas en dessous d'une année, accompagnée éventuellement d'une amende jusqu'à 1 million de francs. Les contraventions par négligence peuvent être punies avec de la prison jusqu'à une année, de l'arrêt ou avec une amende.

La loi sur les stupéfiants connaît avec les art. 20-22 une série d'éléments constitutifs d'infractions qui concerne surtout les personnes faillibles d'entreprises de commerce ou de fabrication ainsi que le personnel médical.

SUMMARY

I. The mentally abnormal criminal

According to Swiss Penal Law, mental abnormality of a delinquent has no influence on the facts of the case and the illegality of a criminal deed. In addition, an offender suffering from lunacy who, for example, commits bodily harm, is considered to be acting illegally and to have fulfilled a crime in every instance. Only when we ask ourselves whether or not the criminal has acted in a culpable way (after fulfilling the conditions of an illegal act), is his criminal responsibility, in cases of doubt (article 13 StGB), to be investigated.

There are only a few exceptions to this rule in the Penal Code: Sometimes the unusual or abnormal mental state of the perpetrator gives rise to the application of a different "corpus delicti". Take for example the case of manslaughter (article 113 StGB), which is a form of wilful homicide, where the special mental state of the criminal is taken into account from the very beginning; this is referred to as an emotional and uncontrollable impulse which "according to the circumstances can be excused due to extreme mental excitement". The exceptional physiological state of the murderer in cases of infanticide (article 116 StGB) is also taken into account at the very beginning of the proceedings. Finally article 263 StGB can be referred to, which assumes that the perpetrator commits a crime or a misdemeanour, in a state of complete intoxication caused by his own negligence, that he could not foresee in a sober state.

However, in "normal cases", as explained above, mental abnormality is only considered in connection with the question of culpability. In this case, testing of criminal responsibility takes place according to the so-called "Mixed Method". On the one hand a "biological" (medical-psychiatric) report must be given, e.g. a case of schizophrenia or debility. On the other hand it must be "psychologically" tested whether the perpetrator's abnormal mental state took certain capabilities from him or limited him in any way. It is a question of the ability of the criminal to realize the wrongfulness of his intent and the ability to act according to this realization, i.e. to give up the intention of committing an illegal act. According to the result of the psychiatric investigation, the perpetrator will either be considered as completely criminally responsible; partly criminally responsible (article 11 StGB) or completely incapable of criminal responsibility (article 10 StGB).

The judgment of criminal responsibility is always related to the point of time of the deed and to the actual crime. If incapacity for criminal responsibility commences after the deed has taken place then this incapacity is only important in deciding upon the perpetrator's ability to undergo trial and of the enforceability of a punishment. Furthermore, it is possible that a delinquent can be completely criminally responsible in a case of simple theft and yet not in connexion with a complicated fraud (perhaps as an alleged accessory).

If the delinquent has intentionally provoked his state of diminished criminal responsibility or complete incapacity for criminal responsibility in order to

commit a crime when in this condition, then articles 10 and 11 do not intervene: *actio libera in causa* (article 12). This also applies in the case of negligent behaviour (BGE 85 IV 2).

What happens to a mentally abnormal delinquent who is only partly criminally responsible? He can, theoretically, be punished, but quite frequently a judicially ordered measure intervenes, primarily article 43 StGB: measures concerning the mentally abnormal. The delinquent can be committed to an institution or undergo a therapy as an out-patient. It is also possible to simply put him into custody in an institution. The punishment is withdrawn in the meantime. This custody operates for an unstipulated length of time whilst the judge's punishment is being determined according to type and length. The length of the punishment largely depends upon the result of the therapy and on the opinion of the doctor in charge of the case. The criminal can always address the judge during the course of the measure. There are other possible measures in the Penal Code which are however less significant in this context.

Those who have a complete incapacity for criminal responsibility cannot be punished. In their case only the above mentioned measures, concerning diminished criminal liability, come into operation.

The measure, described in article 43 StGB, is not dependent on a reduction of the delinquent's criminal responsibility. Completely responsible but psychically abnormal delinquents can also be dealt with, taken care of or put into custody according to article 43 StGB, in case imprisonment is not recommended.

II. Drug-addicted Criminals

Drug addiction, in a broader sense of the meaning, is a term that can refer to different types of narcotic drugs. Whether fairly or unfairly decided, these different types of addiction must be separated because, according to the law, they are not considered to be the same. A distinction is therefore made between:

- (1) Alcoholics,
- (2) Drug addicts, in accordance with the legislation about narcotics, and
- (3) Those addicted to other substances (e.g. pharmaceuticals).

Addiction can lead to criminal offences in four different ways:

- a. The mere consumption of drugs and dealing with them is punishable, for example heroin.
- b. The acquisition of drugs is based on a punishable act, e.g. breaking into a pharmacy, so-called "direct procurement crime".
- c. The addicted person commits, for example, an offence involving property

in order to be able to purchase drugs, so-called "indirect procurement crime".

- d. The addicted person commits a criminal offence whilst in an intoxicated state. This is described as "effect" or "consequential crime".

The drugs listed under article 1 BetMG are somewhat differentiated from alcohol in that their mere consumption is a punishable offence (article 19a BetMG). These days in Switzerland, Cannabis products, heroin and cocaine are the most seriously considered, whilst others such as LSD and Amphetamines, are less important.

Acts of all kinds preparatory to the commission of the offence of personal or collective consumption are punishable, unless very small quantities of drugs are concerned (article 19b BetMG). The non-dealing consumer can avoid prosecution if he is ready to undergo medical treatment (article 19a, paragraph 3).

The dispute that took place, when this law was being constituted for and against punishability of mere drug consumption, has considerably lost its importance. The drug addict is often forced to act as a dealer as well as a consumer because of the high prices on the illegal market (e.g. heroin per gramme 400 up to more than 1000 Swiss Francs). The range of punishments for "dealers" is so flexibly worded - fines or imprisonment of 3 de up to 20 years - that the judge can always pass the adequate punishment for each case. The judge (according to article 19a BetMG 3 and 4) can commit a drug addict, who has also perpetrated other criminal offences, to a sanatorium; article 44 StGB is analogously valid (compare with 1 a above).

In an endeavour not to leave any loop-holes open and due to international agreements, article 19 paragraph 1 BetMG has resulted as an over-detailed catalogue. According to article 19, paragraph 1 BetMG, wilful offences are threatened with fines or imprisonment. In extreme cases (article 19, paragraph 1 BetMG) the punishment is not less than one year's imprisonment and in addition, fines of up to one million Swiss Francs can also be passed.

According to article 19, paragraph 1 BetMG, negligent contraventions of the law can be punished with a fine, detention or imprisonment of up to one year.

In article 20-22 BetMG, the law dealing with narcotics covers a range of statutory definitions of offences which is, above all, directed against defective persons whose work concerns them with the manufacturing and commercial lines of drugs. This also includes persons in medical professions.

Hans Walder	and	Dr.P.Kaenel
Prof.Dr.iur.		Kriminalistisches Institut der Universität Bern
Rebzelg		Niesenweg 6
3136 Seftigen		3012 Bern